

Gleichstellung aktuell April 2024



Im Amt Hohe Elbgeest:

"Was tun bei Pflegebedürftigkeit?" –

ein Orientierungskurs für pflegende Angehörige

Ein Pflegefall in der Familie - darauf ist kaum eine*r wirklich vorbereitet. Und doch werden viele Angehörige zuhause gepflegt, besonders von Frauen. Am Montag, 22. April, finden pflegende Angehörige von 17 – 20 Uhr im Orientierungskurs der ANGEHÖRIGENSCHULE "Was tun bei Pflegebedürftigkeit? Wer soll das bezahlen?" Antworten auf wichtige Fragen:

- Wie organisiere und finanziere ich die Versorgung zu Hause?
- Wann und wie beantrage ich eine Einstufung in die Pflegeversicherung?
- Was bedeutet häusliche Pflege grundsätzlich für mich?
- Welche Hilfen und Hilfsmittel gibt es und wie bekomme ich sie?
- Was kann ich tun, wenn die Wohnung umgebaut werden muss und was geschieht in dieser Zeit mit dem*der Pflegebedürftigen?
- Welche Entlastung gibt es für betreuende Angehörige von Menschen mit Demenz?
- Wie lassen sich Pflege und Beruf miteinander vereinbaren?

Antworten auf diese und eigene Fragen erhalten pflegende Angehörige, ehrenamtlich Helfende und alle, die sich auf eine mögliche Pflegesituation vorbereiten möchten.

Und schon mal ein Ausblick: Am Montag, 3 Juni, 17 – 20 Uhr, heißt es im Orientierungskurs *Entlastung & Selbstfürsorge* "Jetzt geht es mal um mich!"

Die Veranstaltungen finden in Dassendorf statt, Christa-Höppner-Platz 1 (Amtsgebäude, 2. Stock), und sind kostenfrei. Für Rückfragen und Anmeldungen melden Sie sich bei der Angehörigenschule unter info@angehoerigenschule.de oder telefonisch unter 040 25 76 74 50. Das aktuelle Kursprogramm finden Sie unter www.angehoerigenschule.de/buchung

Girls- & Boys Day: Freie Plätze in der Amtsverwaltung



Foto: mediaservice.kompetenzz.net

Unter dem Motto "Jetzt kommst Du!" stehen der Girls Day und der Boys' Day am 25. April 2024 an. Die Aktionstage bieten jährlich die Chance, Berufe kennenzulernen, die Schüler*innen sonst eher selten für sich in Betracht ziehen. Auch im Amt Hohe Elbgeest gibt es zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Newsletters noch freie Plätze. Interessent*innen melden sich bei mir unter gleichstellung@amt-hohe-elbgeest.de,

Die Aktionstage sind das weltweit größte Programm zur Beruflichen Orientierung, das den Gedanken einer Berufs- und Studienwahl frei von Geschlechterklischees ab der 5. Klasse fördert und individuelle Erfahrungsräume schafft. Der Girls Day findet vom Grundsatz her für Mädchen in Bereichen statt, in denen der Frauenanteil nach wie vor unter 40 Prozent liegt. Dies sind beispielsweise Bereiche in der IT, im Handwerk, in den Naturwissenschaften oder Technik. Am Boys' Day lernen Jungen schwerpunktmäßig Berufe und Studiengänge in der Pflege, in der Erziehung, in Dienstleistungsbereichen oder in der Sozialen Arbeit kennen. Bereiche, in denen der Männeranteil wiederum unter 40 Prozent liegt. (PM Girls & Boys`Day)

Regional:

KopF-Workshop: Kommunalpolitik – Neu im Mandat



Am Samstag, 27. April 2024 lädt das Kommunalpolitische Frauennetzwerk Herzogtum Lauenburg e.V. von 10 – 15 Uhr zu dem Workshop „Kommunalpolitik – Neu im Mandat“ in Lüttau ein. Die Referentin Sabine Rautenberg wird verständlich erklären, wie die Kommunalpolitik eigentlich funktioniert: Satzungen, Sitzungen, Anträge und Beschlüsse, Ausschüsse, Rechte und Pflichten. Sie gibt Anregungen, wie Frau sich mit ihren Interessen und eigenem Fachwissen positionieren kann. Im Anschluss wird Frau Rautenberg zusätzlich in die Welt der Zahlen einführen und dazu den Haushaltsplan erläutern. Fragen der Teilnehmerinnen sind ausdrücklich erwünscht! Das Frauennetzwerk legt großen Wert auf Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung!

(Foto: Sabine Rautenberg)

Der Workshop richtet sich an Frauen im Herzogtum Lauenburg, die bereits in der Kommunalpolitik tätig sind oder sich gerne kommunalpolitisch engagieren möchten. Sabine Rautenberg ist Diplom-Kauffrau und seit über 20 Jahren in der Gemeindevertretung und im Kreistag aktiv. Als Fraktionsvorsitzende und stellv. Bürgervorsteherin sind Ihre Schwerpunkte Finanzen, Wirtschaft und Geschlechtergerechtigkeit. Aufgrund begrenzter Plätze ist eine vorherige Anmeldung notwendig. Dazu bitte bis spätestens 22.04.2024 eine E-Mail an: anmeldung@kopf-rz.de schicken.

Die Kostenbeteiligung beträgt 5 Euro. Getränke und ein kleiner Mittagsimbiss sind inbegriffen. In den Pausen wird Zeit bleiben für den gemeinsamen Austausch und überparteiliches Frauennetzwerken.

Diese Veranstaltung für Frauen wird gefördert vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und ist eine Kooperation mit Laura Hasse, Gleichstellungsbeauftragte Lauenburg und Amt Lüttau.

Nachtrag zur Kooperations-Veranstaltung am Weltfrauentag am 8. März:

Über 100 Frauen trafen sich bei der Kooperationsveranstaltung des *Kommunalpolitischen Netzwerkes (KopF)* mit den Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Herzogtum Lauenburg, um Politikerinnen von Gemeinderat bis Bundestag bei einer Podiums-Diskussion dabei zuzuhören, welche Motivationen sie in die Politik gebracht haben, an Ständen zu netzwerken und beim Impro-Theater „Anne Bille“ aus Hamburg über Spontan-Skurries aus der politischen Landschaft zu lachen. Eine gelungene Veranstaltung!

Die *pro familia* Beratungsstelle Geesthacht - Aus dem Jahresbericht

„1.362 Menschen haben wir 2023 mit unseren Beratungsangeboten sowie Veranstaltungen im Bereich der Sexuellen Bildung erreicht.

pro familia Geesthacht ist seit 27 Jahren darauf spezialisiert, Beratungen zu Themen wie Schwangerschaft, Familienplanung, Schwangerschaftskonflikt, Partnerschafts-problemen und Lebenskrisen anzubieten. Unser multiprofessionelles Team ist an fünf Tagen in der Woche sowohl persönlich als auch digital und telefonisch flexibel erreichbar, um den Anliegen der Ratsuchenden nachzukommen. Wir setzen uns überzeugt für das Selbstbestimmungsrecht ein und beraten auf Basis von Freiwilligkeit, Vertraulichkeit, Ergebnisoffenheit und Respekt gegenüber den Entscheidungen unserer Klient*innen. Unser Einsatz gilt dem Recht von Menschen, ihre Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft zu treffen.

Die Beratungsstelle wird zum größten Teil durch die gesetzliche Förderung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz finanziert. Doch diese umfasst lediglich 85% der anfallenden Kosten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass die restlichen 15% über andere Quellen erschlossen werden müssen. Diese kontinuierliche Herausforderung wird über verschiedene Ansätze gemeistert: Zum einen werden Einnahmen über Veranstaltungen in der Sexuellen Bildung generiert und zum anderen werden Klient*innen gebeten, einen Beitrag zu leisten. Hinzu kommen kommunale Zuschüsse, die nicht immer leicht zu erhalten sind. Der Rest der fehlenden Mittel wird über Spenden und Bußgelder eingeworben – dies bedeutet, dass diese Einnahmen schwer berechenbar und inzwischen zunehmend rückläufig sind. Deswegen plädieren wir für eine 100%ige Förderung der Beratungsstelle. Mehr unter www.profamilia.de/geesthacht

=====

Bundesweit:



Frauen leisten im privaten Kontext durchschnittlich 43,8 % mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer, so die aktuell vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Zahlen der Zeitverwendungserhebung 2022. Der Gender Care Gap ist damit im Vergleich zu 2012 kleiner geworden, aber Frauen übernehmen weiterhin den Hauptteil der Hausarbeit und Kinderbetreuung. Dr. Marc Gärtner, Referent für internationale Gleichstellungspolitik im Bundesforum Männer, hat für die Bundesstiftung Gleichstellung wichtige Fakten zum

Thema Care-Arbeit, Gleichstellung und den Blick auf Männer zusammengefasst. Dabei geht er auf die Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit ebenso ein, wie auf Geschlechterstereotype, Berufswahl, Rollenbilder im Wandel und die **Entwicklung der Väterbeteiligung an der Sorgearbeit**. Link zum Beitrag: www.bundesstiftung-gleichstellung.de

Einkommengrenzen, Kürzungen und Väter-Auszeiten –das ändert sich seit 1. April beim Elterngeld

Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, wegen der schwierigen Haushaltslage auch beim Elterngeld zu sparen, dem größten Finanzposten im Haushalt des Familienministeriums. Für Geburten ab dem 1. April dieses Jahres ändert sich daher die Einkommengrenze für den Bezug von Elterngeld. Paare haben ab dann nur noch bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 200.000 Euro einen Elterngeldanspruch. Ab 1. April 2025 wird es dann noch strikter: Dann sinkt die Schwelle auf 175.000 Euro. Das zu versteuernde Einkommen ergibt sich aus dem Brutto-Einkommen abzüglich der Werbungskosten, sonstigen Aufwendungen und der Freibeträge. Es ist also immer niedriger als das Brutto-Einkommen.

Nach „groben Schätzungen“ des Familienministeriums betrifft die Absenkung auf 175.000 Euro rund 27.000 Paare. Für Alleinerziehende nannte das Ministerium zunächst keine Schätzung dieser Art. Für sie gelten künftig die gleichen Obergrenzen wie für Paare.

Die Höhe des Elterngeldes hängt wie bisher davon ab, wie viel Einkommen der jeweilige Elternteil vor der Geburt des Kindes hatte. Eltern mit höheren Einkommen erhalten 65 Prozent, Eltern mit niedrigeren Einkommen bis zu 100 Prozent des vorherigen Einkommens. Den Mindestbetrag von 300 Euro erhalten alle – auch wenn sie davor gar kein Einkommen erzielt haben. Die maximale monatliche Elterngeldhöhe liegt bei 1800 Euro.

Nach der Neuregelung können beide Elternteile in den ersten zwölf Lebensmonaten des Kindes nur noch für einen Monat gleichzeitig Elterngeld beziehen. Bislang waren bis zu sieben parallele Bezugsmonate möglich. Es gibt aber auch Ausnahmen von der Begrenzung, etwa für Eltern von besonders früh geborenen Kindern, von Mehrlingen und/oder Kindern mit Behinderung. Das Familienministerium sieht in der Neuregelung einen Beitrag zu einer partnerschaftlichen Aufteilung von Sorgearbeit. Es sei aus „gleichstellungspolitischen Aspekten sinnvoll“, dass Partner abwechselnd Elterngeld beziehen, heißt es dazu auf Anfrage. Auch wolle die Bundesregierung damit langfristig die Erwerbstätigkeit beider Elternteile fördern.

Zum Leidwesen vieler frischgebackener Familien können Väter sich weiterhin ohne Elterngeld nach der Geburt nur dann eine Zeit lang bezahlt freinehmen, wenn sie Urlaub nehmen. Anders als Mütter erhalten sie nach der Geburt eines Kindes keine Lohnersatzleistungen wie das Mutterschaftsgeld. Eigentlich wollte die Bundesregierung längst eine Regelung getroffen haben, die für mehr gemeinsame Freizeit nach der Geburt sorgen soll. Die Regelung, die als „Väterauszeit“ bekannt wurde und inzwischen auch „Familienstartzeit“ genannt wird, lässt trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag weiter auf sich warten: „Wir werden eine zweiwöchige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den Partner nach der Geburt eines Kindes einführen.“ Laut Familienministerium befindet sich der entsprechende Gesetzentwurf noch in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung –schon seit Monaten.

„Jede Form der Kürzung beim Elterngeld“ weise in die falsche Richtung, sagt Anja Weusthoff, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrats. Es liege die Vermutung nahe, „dass die Regierung das Elterngeld durch Beschränkung des parallelen Bezugs für Väter unattraktiver machen will“. Dass die angekündigte Väterauszeit noch nicht umgesetzt sei, bewertet Weusthoff als „herbe Enttäuschung“.

[WirtschaftsWoche](#) vom 31. März 2024

Zivilgesellschaftliches Lagebild Antifeminismus 2023

Am 06.03.2024 hat die Amadeu Antonio Stiftung das erste „Zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus“ veröffentlicht.

Ein Jahr, nachdem die *Meldestelle Antifeminismus* ihre Arbeit aufgenommen hat, veröffentlicht die Amadeu Antonio Stiftung damit erste Zahlen und Analysen über eingegangene Meldungen und antifeministische Vorfälle in Deutschland. Als zivilgesellschaftliches Dokumentations- und Unterstützungsnetzwerk erfasst sie antifeministische Vorfälle und wertet sie systematisch aus. Ziel ist es, die Auswirkungen des breiten gesellschaftlichen Antifeminismus sichtbar zu machen. Betroffene können auf Wunsch weiterführende Informationen und Beratung erhalten.

Das Angebot der Meldestelle wurde seit ihrem Start zum 1. Februar 2023 kontinuierlich genutzt. 814 der eingegangenen Meldungen sind als valider Vorfall bzw. verifizierte Betroffenen-Meldung dokumentiert worden. 372 dieser Meldungen wurden als antifeministischer Vorfall eingeordnet. Die anderen Meldungen zeigen ein weites Feld an Vorfällen und Schilderungen von Betroffenen aus dem Bereich geschlechtsspezifische Gewalt auf (211) sowie Vorfälle, die unter der Kategorie Sexismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (231) zusammengefasst werden. Gemeldet wurden Gewalt, Bedrohungen, Beleidigungen, aber auch Sachbeschädigungen sowie Benachteiligung und antifeministische Mobilisierung.

Das Lagebild ist unter folgendem Link abrufbar: www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antifeminismus-2023/

Ausgewählte anonymisierte Fallbeispiele sind in einer Chronik online dokumentiert: <https://antifeminismus-melden.de/chronik/>

=====

International

Frankreich verankert Recht auf Abtreibung in Verfassung



Foto: Reuters

Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten beider Parlamentskammern dafür, das Recht auf Abtreibung in die französische Verfassung aufzunehmen. In Artikel 34 der Verfassung wird damit "die garantierte Freiheit der Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen", festgelegt. Die Abgeordneten beider Parlamentskammern gaben mit deutlicher Mehrheit grünes Licht für das Projekt von Staatspräsident Emmanuel Macron: 780 Parlamentarier stimmten im Schloss von

Versailles mit Ja, 72 mit Nein. Für die Annahme des Gesetzes war eine Drei-Fünftel-Mehrheit nötig. Anschließend erhoben sich fast alle anwesenden Abgeordneten und Senator*innen und applaudierten im Stehen. Mehrere Rednerinnen und Redner feierten ihr Votum als historisch. "Wir haben eine moralische Pflicht gegenüber den Frauen", sagte Premierminister Gabriel Attal mit Blick auf die Frauen, die bei heimlichen Abtreibungen gelitten hätten oder gestorben seien. "Wir senden eine Botschaft an alle Frauen: Ihr Körper gehört Ihnen und niemand kann für Sie entscheiden." Auf dem Trocadéro-Platz gegenüber dem Eiffelturm, wo zahlreiche Menschen die Debatte und Abstimmung auf einem Großbildschirm verfolgt hatten, brach Jubel aus. Auf dem Eiffelturm wurde "Mon Cops Mon Choix" und "My Body My Choice" projiziert, zu Deutsch: "Mein Körper, meine Entscheidung".

Sabine Rau, Tagesschau, Stand: 04.03.2024 20:23 Uhr

Mehr [hier](#)

Was meint er bloß damit? Die Mehrarbeit, Männer zu verstehen

Wie viele Stunden werden von Frauen dafür genutzt, die SMS oder Verhaltensweisen von Männern zu deuten! ... Jetzt gibt es einen Begriff für diese einseitige Beziehungsarbeit: "hermeneutic labor", deutsch also etwa "Auslegungs-Arbeit". Und die verrichten – genau wie Mental Load oder Care-Arbeit – meist: die Frauen! Philosophin Ellie Anderson vom Pomona College in Claremont, Kalifornien, hat das Phänomen untersucht. Der Grund für das Ungleichgewicht? Männern wird bereits im Kindesalter beigebracht, Gefühle zu unterdrücken, als Erwachsene haben sie deshalb keinen Zugriff auf ihre Emotionen. Und schwupps, müssen wir übersetzen was sie "eigentlich" meinen. Ratet übrigens mal, wie die Forscherin auf das Thema gestoßen ist? Genau: bei ausufernder Auslegungs-Arbeit im Freundeskreis.

(aus dem [HOT BOWL Newsletter](#), einem Newsletter der Frauenzeitschrift [EMOTION](#))

Ein – englischsprachiger – freier Zugang zu dem Thema der Autorin findet sich im Youtube-Video [hier](#)

Saudi-Arabien übernimmt Vorsitz der Uno-Frauenrechtskommission – Menschenrechtler*innen entsetzt



In Saudi-Arabien müssen Ehefrauen ihrem Mann gehorchen, so will es das Gesetz. Trotzdem erhält das Königreich nun den Vorsitz im wichtigsten Uno-Gremium zum Thema Gleichberechtigung. Schon als 2022 bekannt wurde, dass Saudi-Arabien ab April 2023 einen Sitz in der UNO-Frauenrechtskommission (CSW) bekommt, war die Entrüstung bei vielen Expert*innen und

(Foto: pexel – cottonbro-studio 7805042)

Menschenrechtsorganisationen groß gewesen. Dieser Ärger dürfte mit der jüngsten Entscheidung noch einmal größer werden. Denn wie unter anderem der britische »Guardian« meldet, übernimmt Saudi-Arabien nun sogar den Vorsitz des wichtigsten Gremiums der Vereinten Nationen zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Schon vor der Entscheidung, die sich in den vergangenen Tagen abgezeichnet hatte, hatte etwa Amnesty International deutliche Worte gefunden. »Die Kommission hat einen klaren Auftrag, Frauenrechte und Geschlechtergleichheit voranzubringen, und es ist entscheidend, dass dies auch vom Vorsitz verkörpert wird. Saudi-Arabien hat eine unterirdische Bilanz, wenn es um den Schutz und die Förderung von Frauenrechten geht«, [schrieb Sherine Tadros von Amnesty](#).

Vorsitzender wird Abdulaziz Alwasil, Saudi-Arabiens Uno-Abgesandter. Laut »Guardian« hatte keiner der Abgesandten aus 45 Ländern beim Jahrestreffen der CSW Widerspruch gegen seine Nominierung laut werden lassen. Gegenkandidat*innen gab es demnach ebenfalls nicht.

Louis Charbonneau von Human Rights Watch wurde bei X (ehemals Twitter) deutlich: »Saudi-Arabiens Wahl an die Spitze der Uno-Frauenrechtskommission zeigt eine schockierende Missachtung der Frauenrechte überall.« Ein Land, das Frauen schon für den Kampf für Frauenrechte einsperre, habe keinerlei Anspruch auf einen solchen Posten, so Charbonneau weiter.

Spiegel online vom 28.03.2024 (gendergerechte Sprache von der Herausgeberin des Newsletters)

Die gute Nachricht:

In Kroatien ist die geschlechtsbezogene Tötung von Frauen künftig ein eigenständiger Straftatbestand. Das Parlament stimmte am Donnerstag für eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuchs. Wegen Femizids für schuldig befundene Täter müssen künftig mit einer Haftstrafe zwischen zehn und 40 Jahren rechnen. Damit wird Kroatien nach Malta und Zypern das dritte Land der Europäischen Union, das Femizid als Straftatbestand anerkennt. Der Schritt folgt auf den Tod der 20-jährigen Jusstudentin Mihaela Berak, der Proteste in ganz Kroatien auslöste. Sie war im September von einem Polizisten erschossen worden, mit dem sie eine kurze Beziehung hatte. "Diese Änderungen werden die Rechte, die Sicherheit und die Würde von Frauen schützen und eine klare Botschaft aussenden, dass Gewalt gegen Frauen inakzeptabel ist", sagte der konservative kroatische Regierungschef Andrej Plenkovic, als er das Vorhaben im Februar verkündete. Nach Angaben kroatischer Nichtregierungsorganisationen ist Kroatien das EU-Land mit der dritthöchsten Femizidrate pro Einwohner. Nach EU-Daten wurden in Europa im vergangenen Jahr 2.300 Frauen von ihren Partnern oder Familienmitgliedern getötet. Zwölf solcher Tötungen gab es demnach im 3,8-Millionen-Einwohner-Land Kroatien. In Deutschland wird mindestens jeden dritten Tag eine Frau im Beziehungs-Kontext getötet.

(APA/AFP)



Bücher, Filme, Podcasts ...:

Buch: Sanni Beucke: „Gegen den Wind. Mein Traum von den Weltmeeren“

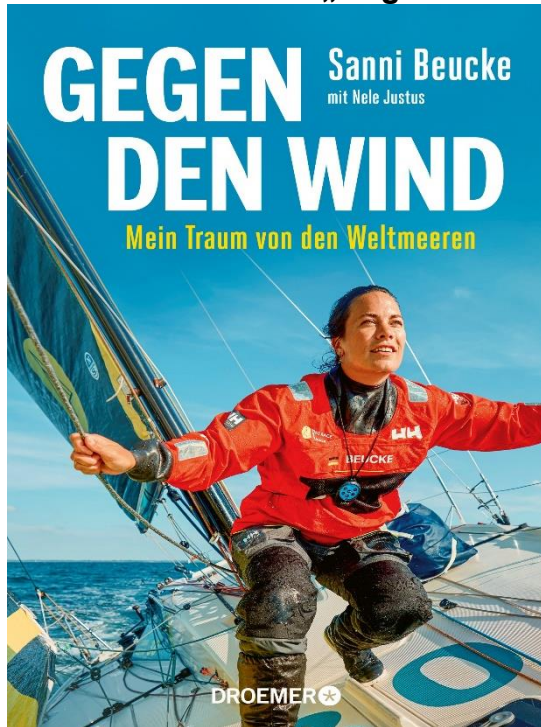


Foto und Text DroemerKnaur, 28 Euro

Sanni Beuckes Autobiografie zeigt, dass es sich lohnt, seinen Träumen nachzugehen – auch wenn man auf dem Weg dorthin viele **Rückschläge** wegstecken und strukturelle Missstände überwinden muss. Segeln ist immer noch ein **Sport, der vor allem von Männern dominiert wird**. Sanni Beucke will das ändern und zeigt, dass Frauen auch aufs Meer gehören. Mit ihrem Buch macht sie Frauen Mut, sich durchzusetzen und empowert sie. Ihr Buch erzählt von **Angst und Einsamkeit**, aber vor allem von Euphorie und der unendlichen Leidenschaft für das Meer. Eine **Hommage an das Abenteuer und die Freiheit** und eine Ermutigung, groß zu träumen.

Buch: Wofür Frauen sich rechtfertigen müssen



Foto: N. Stiewink

Ihre Sicht der Dinge bringt sie in kleinen Infografiken auf den Punkt und begeistert damit seit 2015 die Leserinnen und Leser. Ob Rentenlücke, Lehrermangel, Klimakrise oder Sexismus – Katja Berlins millionenfach im Netz geteilte »Torten der Wahrheit« benennen auf pointierte und unterhaltsame Weise die Schwachstellen unserer Politik und Gesellschaft. Katja Berlin, „Wofür Frauen sich rechtfertigen müssen. Die Welt von heute in satirischen Grafiken. Das Beste aus „Torten der Wahrheit“, DIE ZEIT, yes-publishing.de, 2023

Eigentlich scheint alles klar: Frauen in Elternzeit arbeiten nicht, Klimaschutz ist zu teuer und nur Quotenfrauen werden wegen ihres Geschlechts bevorzugt. Aber wenn man da mal ein bisschen genauer hinguckt: Arbeiten Frauen zu Hause nicht auch? Kostet keine Klimapolitik nicht viel mehr? Und sind es nicht eher Männer, die von ihrem Geschlecht profitieren? Katja Berlin zerplückt jede Woche für DIE ZEIT deutsche Debattengrundlagen und betrachtet vermeintliche Wahrheiten aus einer anderen Perspektive.



Zitat des Monats:

„Es gibt ausreichend starke Frauen, nicht nur in den Parlamenten, die diese wichtige Aufgabe mutig ausfüllen würden und auch etwas zu sagen hätten.““

Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP-Bundestagsabgeordnete,
zum Vorschlag einer Bundespräsidentin

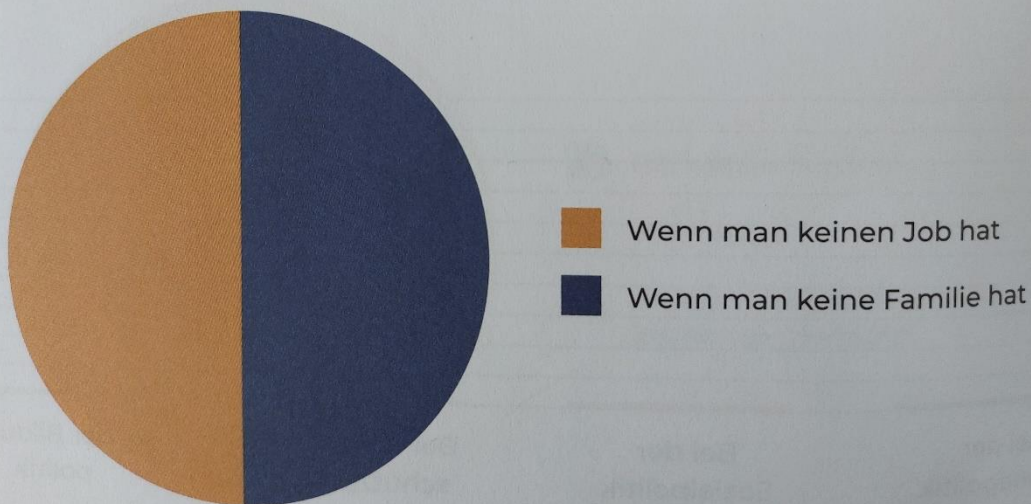
Zusatz-Infos [hier](#)

Und zum Schluss:

Gleichstellung mit Augenzwinkern:



**Wann die Vereinbarkeit von Job
und Familie in Deutschland besonders
gut funktioniert**



Aus: Katja Berlin, „Wofür Frauen sich rechtfertigen müssen. Die Welt von heute in satirischen Grafiken. Das Beste aus „Torten der Wahrheit“, DIE ZEIT, yes-publishing.de, 2023

Nina Stiewink, Gleichstellungsbeauftragte Amt Hohe Elbgeest, Christa-Höppner-Platz 1, 21521
Dassendorf,
04104/990-104, Fax 04104/990-7104,
www.amt-hohe-elbgeest.de